

Kontinuität als ein Markenzeichen unserer Christlich-Demokratischen-Union



Anlässlich des Verzichts von Angela Merkel auf die Kandidatur für den Parteivorsitz der CDU Deutschlands ruft der Generalsekretär der CDU NRW Josef Hovenjürgen die Mitglieder auf den Markenkern der CDU nicht zu vernachlässigen.

Liebe Mitglieder der Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen!

Kontinuität, das ist eines der Marken-

zeichen unserer Union. Das gilt auch für unser Personal an der Spitze der Partei. Denken Sie an die unser Land bis heute grundlegend prägende Zeit

eines Parteivorsitzenden Konrad Adenauer, denken Sie an die historisch zu nennende Amtszeit von Helmut Kohl, oder aktuell an die zu Ende gehende



Aufruf des Generalsekretärs der CDU NRW Josef Hovenjürgen

Seite 1 ►



Neues aus dem Landtag:
Britta Oellers MdL
Seniorenbeauftragte der CDU-Landtagsfraktion

Seite 5 ►



Ingeborg Schrader fragt:
Wie steht es um die Rente

Seite 6 ►

Zeit von Angela Merkel als Parteivorsitzende.



Seit dem Jahr 2000 als Vorsitzende an der Spitze unserer Christlich Demokratischen Union Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Ja, in diesen Tagen geht ohne Zweifel eine Ära zu Ende. 18 Jahre stand Angela Merkel an der Spitze der Christlich-DEMokratischen Union. Schülerinnen und Schüler, die vor wenigen Monaten Abitur gemacht haben, für sie sind die CDU und Angela Merkel untrennbar verbunden. Sie kennen keine andere Bundesvorsitzende. Für sie ist Angela Merkel schlicht das Gesicht der CDU.

Angela Merkel hat die Partei in schwierigen Zeiten übernommen. Anfang des Jahrtausends wurde unsere Partei heftig durchgerüttelt und Angela Merkel war es, die sie seinerzeit durch kluges und entschiedenes Handeln wieder in ruhiges Fahrwasser gebracht hat. Sie hat die Partei wieder aufgerichtet und auf einen guten Zukunftskurs gebracht, der sich bald auszahlen sollte. Seit 2005 stellt die CDU im Bund die Regierungschefin.

Angela Merkel hat sich über Jahre hohe Verdienste für unsere Partei erarbeitet. Sie ist geachtet als Parteivorsitzende und als Bundeskanzlerin.

Demokratie aber lebt vom Wandel. Das gilt auch für unsere Partei.

Zum Zeitpunkt, in dem ich diese Zeilen

schreibe, gibt es mehrere Kandidaten für den Parteivorsitz. Ist das nicht erstaunlich für eine Partei wie die unsere, die man nicht selten abschätzig als Kanzlerwahlverein verunglimpft? Das zeigt einmal mehr, wie sehr man mit solchen zu kurz gegriffenen und häufig nur stereotyp wiederholten Äußerungen falsch liegen kann.

Die Christlich Demokratische Union ist nach wie vor ungeheuer vielfältig und breit aufgestellt. Unsere Partei ist nach wie vor ein Reservoir für kluge Köpfe, für Menschen, die sich einbringen wollen zum Wohle unseres Gemeinwesens. Noch immer ist sie eine wahre Volkspartei. Sie ist vital und quicklebendig.

Ganz selbstverständlich geht die öffentliche Meinung im Zusammenhang mit der Person des neuen Vorsitzenden oder der neuen Vorsitzenden davon aus, dass diese später auch einmal in das Bundeskanzleramt einziehen könnte.

Über einen Kanzlerkandidaten der SPD spricht in diesem Zusammenhang niemand. Es ist die CDU, der man die Zukunft unseres Landes zutraut.

Meine Damen und Herren,

18 Jahre mit Angela Merkel als Parteivorsitzende waren für die CDU, waren für Deutschland eine gute Zeit. Wir können dankbar sein, sie an der Spitze unserer Partei gehabt zu haben.

Historiker werden einmal abschließend ihr Wirken für unsere Partei und für Deutschland beurteilen. Ich aber verneige mich schon jetzt vor ihrem Lebenswerk und danke ihr ausdrücklich für ihren Dienst für die Menschen in unserem Land, für den Dienst an unserer Partei.

Was aber kommt nach Angela Merkel als Vorsitzende, wer kommt danach, wie geht es weiter?

Es liegt an den 1001 Delegierten in Hamburg diese Entscheidung zu treffen. Die Kandidaten stellen sich auf Regionalkonferenzen in ganz Deutschland vor. Darüber hinaus hat jedes Mitglied die Möglichkeit, sich eine eigene Meinung zu bilden. Ende November haben sich die Kandidaten in Düsseldorf den Mitgliedern der CDU gestellt.

Natürlich wird der oder die neue Kandidatin in Teilen andere Akzente setzen. Das ist legitim und völlig normal. Was wir aber nicht brauchen, ist ein grundlegender Politikwechsel. Zwar verändert sich der Kopf an der Spitze unserer Partei, unsere Grundwerte aber bleiben unverändert. Sie sind das feste und unverrückbare Fundament, auf dem unsere Partei steht und die jeden Vorsitzenden gebunden haben.

Wir brauchen kein konservativeres Profil, kein liberaleres, kein linkeres. Wir brauchen auch weiterhin einen gut ausbalancierten Kurs der bürgerlichen Mitte. Wir müssen uns möglichst breit in der Mitte aufstellen. Das zu bewerkstelligen, das zu vermitteln, nach innen wie nach außen, das ist die Aufgabe des oder der neuen Vorsitzenden und des Vorstandsteams.

Wir haben den Prozess einer programmatischen Neujustierung begonnen. Annegret Kramp-Karrenbauer als Generalsekretärin hat hier in den vergangenen Monaten bereits vieles auf den Weg gebracht. Diesen Weg werden wir weiter gehen.



Auf Vorschlag von Angela Merkel zur Generalsekretärin gewählt, die ehemalige Ministerpräsidentin des Saarlandes Annegret Kramp-Karrenbauer.

Am Ende wird eine Partei stehen, die programmatisch auf der Höhe der Zeit ist und sich personell erneuert hat. Wir werden gestärkt aus diesem Prozess hervorgehen und einmal mehr unseren Anspruch als Volkspartei fest untermauert haben.

Insofern, ja es ist schade, dass Angela Merkel die Spitze unserer Partei verlässt. Das aber gibt uns jetzt die Chance, den Weg in die Zukunft planvoll und überlegt einzuschlagen.

Bernhard Mihm übergibt Bezirksvorsitz an Peter Fröhlingsdorf



Im Beisein zahlreicher Delegierten bedankte sich, stellvertretend für alle, der Vorsitzende der Senioren-Union Nordrhein Westfalen Helge Benda beim scheidenden Vorsitzenden Bernhard Mihm und beglückwünschte den Nachfolger Peter Fröhlingsdorf zu seiner Wahl.

Führungswechsel bei der Senioren-Union Ostwestfalen-Lippe: Der langjährige geschätzte Bezirksvorsitzende Bernhard Mihm übergab den Staffelstab an Peter Fröhlingsdorf aus Paderborn. Der neue Bezirksvorsitzende ist einstimmig von der Delegiertenversammlung des Bezirksverbandes der Senioren-Union Ostwestfalen-Lippe, die in Paderborn stattfand, in sein Amt gewählt worden.

Für seine großen Verdienste und bemerkenswerten Beiträge zu zahlreichen politischen Themen, wie zum Beispiel seine Impulse zum Papier „Alter neu denken“ und der aus seiner Feder stammende Leitartikel zu der Landesdelegiertenversammlung 2016 mit dem Thema „Kulturelle Sicherheit“, zeichnete Landesvorsitzender Helge Benda den scheidenden Bezirksvorsitzenden unter stehend dargebrachter Ovationen mit der Konrad-Adenauer-Medaille aus. Diese Auszeichnung wird vom Bundesvorstand der Senioren-Union für herausragende Arbeit verliehen.

Bernhard Mihm dankte seinen Mitstreitern aus Ostwestfalen-Lippe für die vielen Jahre der guten Zusammenarbeit und betonte, dass die Union an einem Wendepunkt stehe, da es sich um einen

Tag voller politischer Ereignisse handele. Kurz vor der Bezirksversammlung war bekannt geworden, dass Angela Merkel bei den Wahlen zum Bundesvorsitz nicht wieder antreten werde und sich 2021 auch von der Kanzlerschaft zurückziehen wolle. Bernhard Mihm warnte vor einer wachsenden Entfremdung von Teilen der Bevölkerung von den Politikern und erinnerte an einen Brief, der von seinem Bezirksverband an die Bundeskanzlerin gerichtet wurde. Darin sei genau auf das Problem aufmerksam gemacht worden, dass sich viele Menschen nicht mehr angesprochen fühlten. Bernhard Mihm sagte: „Die Ergebnisse in Bayern oder Hessen zeigen, dass wir Recht hatten.“

Es hätte auch eine Antwort gegeben. Der frühere Generalsekretär der CDU, Tauber, habe mit einer aus Textbausteinen formulierten Antwort darauf reagiert. „Dies ist ein Beispiel für Routinebetrieb der Macht, die für uns damit sichtbar geworden ist“, sagte Bernhard Mihm.

Bevor der scheidende Bezirksvorsitzende dem neuen Vorstand und seinem Nachfolger „Gottes Segen“ wünschte, sagte er, die CDU sei mit ihren unterschiedlichen Gruppierungen die letzte Volkspartei in

Deutschland. Allerdings bezeichnete er den „Jugendkult“ als Zeichen dafür, dass „irgendetwas nicht stimmt“. Er appellierte an die Zuhörer, keines der Motive Christlich-Soziales, Konservatives und Liberales an den Rand zu drängen.

Helge Benda, Landesvorsitzender der Senioren-Union, betonte, dass sich die CDU auf die Senioren-Union verlassen könne. Ein gutes Beispiel dafür seien die hohen Prozentzahlen an Wählern über 60 und über 70 Jahren, die bei der Landtagswahl in Hessen mit 40% beziehungsweise 48% die CDU gewählt hätten. Kritisch merkte er an, nur einige Gemeinden in Nordrhein-Westfalen hätten sich auf den demografischen Wandel eingerichtet. „Das Thema Gesundheit und Pflege hört nicht auf wichtig zu sein.“ Die Sorge der Menschen sei es, wie lange sie gesund blieben und in den eigenen vier Wänden leben könnten. Dazu müssten sie dafür sorgen, dass sie gehört würden. Einer steigenden Geburtenrate stünden die Baby-Boom-Jahre gegenüber, die jetzt ins Seniorenalter kämen. Die Wichtigkeit der älteren Generation werde größer, weil diese zunähme.

Helge Benda wiederholte eine der

wichtigen Forderungen der Senioren-Union: Seniorenämter in den Rathäusern als zentrale Anlaufstellen für die älteren Mitbürger. Immobile Ältere sollten zu ihren Anliegen zu Hause vom Amt besucht werden.

Große öffentliche Resonanz habe der Ruf nach der Gemeindeschwester erzeugt. „Diese Hilfen, die viele noch in den Jahren nach dem Krieg erlebt haben, wünschen wir uns zurück“, sagte Helge Benda und bekam dafür Applaus. Die Gemeindeschwestern könnten in den Gemeinden bei den Senioren Hausbesuche machen, nach deren Arzneien schauen und vielfältige Hilfe leisten. Das Thema „Einsamkeit im Alter“ stelle sich immer drängender. „Zu unseren Treffen und Veranstaltungen sind davon Betroffene immer willkommen. Wir haben etwas gegen Einsamkeit im Alter“, sagte Helge Benda.

Helge Benda forderte zudem mehr Ärzte für den ländlichen Raum. Zum Beispiel

könnten Ärzte aus Krankenhäusern, die geschlossen werden, verwaiste Praxen auf dem Land übernehmen. Beispiele für die Finanzierung gebe es bereits. Außerdem helfen, wie von Karl Josef Laumann initiiert, mehr Medizin-Studienplätze, diesen Missstand zu beheben. „Wir wollen, dass es den Älteren heute gut geht und morgen nicht schlechter. Alle sollten in diese Richtung aktiv sein und bleiben“, forderte Helge Benda.

Der neue Bezirksvorsitzende Peter Fröhlingendorf bezeichnete es als ein „schweres Erbe“, das er als Nachfolger von Bernhard Mihm antrete und dankte seinem Vorgänger für die „große Unterstützung“. Er forderte eine aktive Beteiligung im Alter ein und zeigte auf, dass sich die Lebensphase bei positiven Erwartungen um sieben Jahre verlängere. Im Vergleich zu den Großeltern lebten die Menschen heute zehn Jahre länger und besser. Auf die gemeinsame Arbeit in der Senioren-Union freue er sich.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen

Landesvorsitzender Helge Benda

REDAKTION

Heinz Soth (V.i.S.d.P.)

Mechthild Solberg, Rainer Mohrmann
Fotos: Roland Rochlitzer,
Norbert Solberg

ANSCHRIFT

Wasserstraße 6 | 40213 Düsseldorf
Tel. 0211.13600-22 | Fax 0211.13600-54
info@senioren-union-nrw.de
www.senioren-union-nrw.de

GESAMTAUFLAGE

33.000 Exemplare

Senioren-Union NRW einstimmig für Elmar Brok“

Elmar Brok, dienstältester Europa-Abgeordneter, stand in der jüngsten Vorstandssitzung der Senioren-Union in Düsseldorf dem Landesvorstand Rede und Antwort. Am 26. Mai 2019 finden die nächsten Wahlen zum Europaparlament statt und Elmar Brok möchte auch dem künftigen EU-Parlament angehören. Er gab einen aktuellen Stimmungsbericht zu Entwicklungen in Europa. Kritisch merkte er an: „Wir haben die Antieuropäer in Europa bisher immer besiegt, außer bis jetzt in Italien. Wir müssen Zustimmung finden für unsere Wirtschaftskonzeption, sonst wird es eng für uns.“

Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, als bestehe die EU nur zum Vorteil der Deutschen. Einigkeit gebe es bei Fragen der Steuern, in der Sozial- und der Außenpolitik. Der menschliche Zusammenhalt müsse gefördert werden. Die Sicherungssysteme, wie Renten und Krankenkassen müssten national bleiben. „Es ist im Moment aber nur machbar, Mindeststandards festzulegen. Es kann nicht alles aus einem Topf gezahlt werden“, sagte Brok.

Er warnte davor, dass Deutschland nationalistisch werde: „Dann ist es immer fürchterlich für uns geworden. Das be-

deutete Krieg. Wir dürfen den Begriff der Nation nicht den Rechten überlassen. Brok forderte außerdem eine bessere Zusammenarbeit der Geheimdienste, was nicht einmal in Deutschland funktioniert. Landesvorsitzender Helge Benda konnte

Elmar Brok am Ende seines Besuchs des Vorstandes beglückwünschen. Denn die Vorstandsmitglieder sprachen sich einstimmig für Elmar Brok als Spitzenkandidat des Landesverbandes der Senioren-Union NRW aus.



Elmar Brook, dienstältester und profilierter Europaabgeordneter, stellte sich dem Votum der Senioren-Union NRW und wurde einstimmig zum Spitzenkandidaten der Europawahl nominiert.

Britta Oellers MdL

Seniorenbeauftragte der CDU Landtagsfraktion



Liebe Leserinnen und Leser,

in der Oktober-Sitzung des Ausschusses Arbeit, Gesundheit und Soziales hat die NRW-Koalition den zweiten Landesförderplan „Alter und Pflege“ des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2018-2023 vorgestellt und den Ausschuss um Stellungnahme gebeten.

Gerne möchte ich auch Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, kurz die grundlegende Ausrichtung des Förderplanes erläutern. Es ist mittlerweile gesellschaftlicher Konsens in NRW, dass der demographische Wandel erhebliche Anforderungen an die Gestaltung der sozialen Infrastruktur und die Qualität und Quantität der Angebote für ältere Menschen, Pflegebedürftige und deren Angehörige stellt. Die größte Herausforderung für die Alten- und Pflegepolitik auf allen staatlichen Ebenen ist es, die Rahmenbedingungen für das Leben der immer größer werdenden Zahl der älteren Menschen so zu gestalten, dass bis zum Lebensende ein möglichst

selbstbestimmtes Leben mit einer hohen Versorgungssicherheit möglich ist. Der Fokus des neuen Landesförderplanes liegt dabei auf dem Erhalt der sozialen Teilhabe und der Vermeidung sozialer Ausgrenzung (z. B. durch Altersarmut oder Vereinsamung). Gleichzeitig sollte Teilhabe im unmittelbaren Wohn- und Lebensumfeld ermöglicht werden. Dies kann nur erreicht werden, wenn die lokale Ebene die Umsetzungsebene für Alten- und Pflegepolitik ist, denn die Wirkung von Förderung soll unmittelbar für die Menschen spürbar werden. Die gemachten Angebote müssen dabei leicht auffindbar, erreichbar und transparent sein, denn nur transparente und leicht zugängliche Informationen sind die Grundlage für Entscheidungen der Menschen. Dazu braucht es die Vernetzung verschiedener Akteure.

Der Landesförderplanes konzentriert sich auf fünf wesentliche Ziele, hier nur in Kurzform vorgestellt. Zunächst sollen Strukturen unterstützt werden, die die Gestaltung einer altengerechten Versorgungsstruktur vorsehen. Darunter fallen

z.B. Angebote in der Hilfe für ältere Menschen, der Wohnberatung, der Pflegeberatung, der ambulanten und stationären Pflege sowie sonstige Beratungs- und Dienstleistungsangebote. Darüber hinaus sollen das Wissen und auch die Forschung im Hinblick auf die Bedürfnisse der älteren Generation gefördert werden. Die Vermittlung neuester Erkenntnisse z.B. durch Qualifikationsmaßnahmen für pflegende Angehörige und ehrenamtlich Tätige kann über Projektfördermittel des Landesförderplanes ebenfalls künftig finanziell unterstützt werden. Ein weiteres Ziel ist die Förderung der Qualität von Beratung, denn der/die Pflegebedürftige soll Entscheidungen zur künftigen Lebenssituation auf der Grundlage transparenter Informationen treffen können. Gleichzeitig möchte die Landesregierung auch künftig den Einsatz (digitaler) Technik in der Pflege unterstützen, um Älteren z.B. Zugänge zu digitalen Kommunikationswegen zu ermöglichen und ihren Lebensalltag zu erleichtern.

Der letzte Punkt liegt mir persönlich besonders am Herzen. Der neue Landesförderplan möchte insbesondere auch Projekte unterstützen, in denen die Teilhabe gefördert wird. Ältere Menschen sollen aktiv am Leben teilhaben, Veranstaltungen wahrnehmen und Teil der Gesellschaft sein, unabhängig davon, ob ihr Leben in der Häuslichkeit, teilstationär oder ganz in einem Seniorenheim stattfindet. Denn Teilhabe ist auch der beste Schutz vor dem Verlust sozialer Bezüge und damit vor der Gefahr einer sozialen Isolation älterer Menschen.

Wer weitergehende Informationen über die Zielsetzung sowie zu den entsprechenden Förderrichtlinien haben möchte, schaut einfach nach Veröffentlichung des Landesförderplans „Pflege und Alter“ 2018-2023 auf der Internetseite des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

<https://www.mags.nrw/landesfoerderplan>

Wie steht es um die Rente?

von Ingeborg Schrader, Vorsitzende Senioren-Union Bezirk Ruhr

In den Medien wird immer mit unterschiedlichen Aussagen das Thema Altersarmut interpretiert. Umso wichtiger ist es, sich ein objektives Bild von den tatsächlichen Zusammenhängen zu machen.

Deshalb hat der Vorstand der Senioren-Union Ruhr zu seiner Sitzung im September Frau Oberregierungsrätin Tanja Kummer vom Landesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, MAGS eingeladen, die sachkundig die Fakten zur derzeitigen Situation in NRW überzeugend vorgestellt hat.

Von den knapp 18 Millionen Einwohnern in NRW beziehen etwa 12% Sozialleistungen. Den Großteil davon machen Leistungen nach SGB II aus (z.B. Hartz IV, Sozialgeld). Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bekommen 1,5% der Gesamtbevölkerung in NRW.

Betrachtet man nur die ältere Generation in NRW, beziehen zur Zeit lediglich 4% der über 65-Jährigen Grundsicherung im Alter, allerdings mit steigender Tendenz.

Die durchschnittliche Rentenhöhe ist zur Zeit berechnet für Männer mit 1.008 € und für Frauen mit 681 €. Das hört sich wenig an, lässt sich aber dadurch erklären, dass in den Durchschnittswerten z.B. ausschließlich Mütterrenten oder auch Kleinstrenten eingeflossen sind – etwa von Menschen, die später Beamte geworden sind oder sich selbstständig gemacht haben.

Von Altersarmut bedroht sind nachweislich bestimmte Bevölkerungsgruppen, wie Alleinerziehende, Menschen mit Erwerbsminderung, Geringverdiener, Langzeitarbeitslose, Solo-Selbständige und Menschen mit Migrationshintergrund. Dabei sind Frauen von den Risiken besonders betroffen. Das liegt daran, dass sie in ihrem Erwerbsleben nur wenig oder gar nichts in die Sozialversicherung eingezahlt haben.

Der beste Schutz vor Altersarmut ist Bildung, eine gute Schulbildung und Ausbildung, und damit eine gesicherte Erwerbstätigkeit mit guter Entlohnung.

Das sollte Priorität auch für die politisch Handelnden sein.

Die Bundesregierung hat in ihrem geplanten Rentenpaket bereits einige Verbesserungen zur Minderung von Altersarmut vorgesehen. Ab 2019 soll z.B. die Erwerbsminderungsrente durch die Anhebung von Zurechnungszeiten erhöht werden. Geringverdiener sollen nach 35 jähriger Tätigkeit eine Grundrente erhalten, die 10% über der Grundsicherung liegen soll. Zusätzlich soll für die Erziehung von Kindern, die vor 1992 geboren sind, jeweils ein zusätzlicher halber Entgeltpunkt Rente berücksichtigt werden – die sogenannte Mütterrente wird also weiter angehoben – von 64,06 € auf etwa 80€ im Monat pro Kind.

Die gesetzliche Rentenversicherung allein kann nicht das Armutsrisiko vermeiden, aber sie ist die beste Versorgung für den überwiegenden Anteil der älteren Bevölkerung. Auch unter Berücksichtigung des demografischen Wandels darf ihr Niveau nicht sinken, da sonst das ganze Rentensystem in Frage gestellt wird, wenn selbst Durchschnittsverdiener mit ihrer Rente nicht mehr über die Grundsicherungsschwelle kommen. Das Rentenniveau soll darum zunächst bis 2025 gesetzlich gesichert werden.

Die bereits einberufene Rentenkommission soll die Entwicklung der Renten über das Jahr 2025 hinaus beraten und Vorschläge erarbeiten, die insbesondere die demografische Entwicklung berücksichtigen. Im Jahr 1900 standen 12,4 Menschen im erwerbsfähigen Alter einem über 65-Jährigen gegenüber. Im Jahr 2000 waren es nur noch 4,1 und 2050 wohl lediglich 2 Erwerbsfähige. Obwohl sich also das Verhältnis von älteren zu jüngeren Menschen schon in der Vergangenheit stark verschoben hat, konnte mit Hilfe der gestiegenen Produktivität der Wirtschaft ein stabiles Alterssicherungssystem aufgebaut werden, dass für die meisten Menschen den Großteil des Alterseinkommens sicherstellt.

Dieses System zu erhalten wird natürlich Geld kosten. Aber wenn man nichts tut, werden immer mehr Menschen auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sein, die auch finanziert werden müssen. Viel wird über die Rente geredet, umso wichtiger ist es, dass wir wieder Vertrauen in unser gesetzliches Rentensystem bekommen, das immer noch das Beste für unser Alter ist. Denn die heutigen Jungen werden nur dann bereit sein, Rentenversicherungsbeiträge zu zahlen, wenn sie sich darauf verlassen können, später selbst eine gute Rente zu bekommen.



Helge Benda, Landesvorsitzende der Senioren-Union NRW, mit Frau Oberregierungsrätin Tanja Kummer und der Vorsitzenden des SU-Bezirks Ruhr Ingeborg Schrader.